

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

## **N i e d e r s c h r i f t**

**Umweltausschuß** (42. Sitzung)

**Sozialausschuß** (54. Sitzung)

**Wirtschaftsausschuß** (45. Sitzung)

**Innen- und Rechtsausschuß** (74. Sitzung)

**Agrarausschuß** (42. Sitzung)

am Freitag, dem 27. November 1998, 10:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer des Landtages

## **ANHÖRUNG**

**Umsetzung der Agenda 21 in Schleswig-Holstein**

### **Anwesende Abgeordnete des Umweltausschusses**

Frauke Tengler (CDU)

Vorsitzende

Renate Gröpel (SPD)

in Vertretung von Konrad Nabel

Gero Storjohann (CDU)

Roswitha Strauß (CDU)

Herlich Marie Todsens-Reese (CDU)

Dr. Adelheid Winking-Nikolay (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)

### **Anwesende Abgeordnete des Sozialausschusses**

Wolfgang Baasch (SPD)

### **Anwesende Abgeordnete des Wirtschaftsausschusses**

Klaus Haller (CDU)

### **Anwesende Abgeordnete des Agrarausschusses**

Gerhard Poppendiecker (SPD)

Sabine Schröder (SPD)

Hans Siebke (CDU)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Weitere Abgeordnete**

Ulrike Rodust (SPD)

### **Weitere Anwesende**

siehe Anlage

## **Einziger Punkt der Tagesordnung:**

### **Anhörung**

#### **Umsetzung der Agenda 21 in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
 Drucksache 14/1373

(überwiesen am 26. März 1998 an den Umweltausschuß, den Sozialausschuß,  
 den Wirtschaftsausschuß, den Innen- und Rechtsausschuß, den Agrarausschuß)

hierzu: Umdrucke 14/2133, 14/2180, 14/2756, 14/2776, 14/2800

<b>Name</b>	<b>Organisationen und Institutionen</b>	<b>Umdrucke</b>	<b>Seite</b>
Kurt Rohde	<b>Städteverband Schleswig-Holstein</b>	14/2133, 14/2180, 14/2800	<b>4</b>
Wolfgang Ottens	<b>Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag</b>	14/2776	<b>4</b>
Eckehardt Doppke	<b>Römisch-katholische Kirche</b>	14/2756	<b>7</b>
Josephine Mesletzky	<b>Landesfrauenrat Schleswig-Holstein e. V.</b>		<b>8</b>
Herr Jensen	<b>Landesjugendring Schleswig-Holstein e.V.</b>		<b>9</b>
Frank Sievert Holger Busche	<b>Fahrgastverband Pro Bahn</b>		<b>11</b>
Heinz-Dieter Gröning	<b>Landesjagdverband Schleswig-Holstein e. V.</b>		<b>12</b>

Die Vorsitzende des Umweltausschusses, Abg. Tengler, übernimmt den Vorsitz, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des federführenden Umweltausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

**Anhörung**  
**Umsetzung der Agenda 21 in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/1373

**Städteverband Schleswig-Holstein**  
Umdrucke 14/2133, 14/2180, 14/2800

**Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag**  
Umdruck 14/2776

Herr Rohde trägt die Stellungnahme des Städteverbandes, Umdruck 14/2800, Herr Ottens die Stellungnahme des Gemeindetages, Umdruck 14/2776, vor.

Auf Fragen der Vorsitzenden macht Herr Rohde deutlich, es gehe darum, im Rahmen des Agenda-Prozesses neue, moderne Bürgerbeteiligungsverfahren und Zukunftskonferenzen zu gestalten. Konkrete Projekte könnten - zumindest in der Anfangsphase - auch ohne zusätzliche finanzielle Mittel und ohne zusätzliches Personal realisiert werden, wenn Engagement und Kreativität der Gesellschaft aufgegriffen würden (zum Beispiel Funbox in Rendsburg, Energiesparen an Schulen u. a., siehe Katalog der von Städteverband und Umweltakademie entwickelten Wanderausstellung, Umdruck 14/2180). Auf eine Frage von Abg. Gröpel bekräftigt er die Haltung des Städteverbandes, statt eine mobile Agenda-21-Beratung aufzubauen, sollte eher das bei der Umweltakademie angesiedelte Agenda-21-Büro ausgebaut werden, das als zentrale Anlauf- und Beratungsstelle effektiver arbeiten könne.

Auch Herr Ottens favorisiert eine personelle Verstärkung des bestehenden Agenda-Büros, dessen Arbeit für die Gemeinden unverzichtbar sei. Im Gegensatz zum Städteverband macht er allerdings darauf aufmerksam, daß die Umsetzung der Agenda selbstverständlich zusätzliches Geld und Personal koste; so seien beispielsweise im Kreis Ostholstein drei zusätzliche Stellen

dafür eingerichtet worden. Im übrigen weist er noch einmal darauf hin, daß vieles von dem, was die Gemeinden bereits in der Vergangenheit gemacht hätten und jetzt unter dem Etikett „Agenda“ laufe, unter den Agenda-Prozeß zu subsumieren sei.

Auf eine weitere Frage von Abg. Gröpel erwidert Herr Rohde, den im Antrag der Koalitionsfraktionen, Drucksache 14/1373, geforderten Bericht der Landesregierung an den Landtag in Form einer Landtagsdrucksache lehne man ab. Wenn ein solcher Bericht allerdings als interessante Dokumentation mit konkreten Beispielen und Anregungen abgefaßt und für die Öffentlichkeit vor Ort nutzbar gemacht würde, könne er eine wertvolle Hilfe sein.

Abg. Todsens-Reese appelliert an die Gemeinden, sich noch mehr an der Umsetzung der Agenda zu beteiligen, und zwar ohne zusätzliches Personal, und dabei die drei Säulen Ökologie, Ökonomie und die soziale Komponente stärker miteinander zu verknüpfen. Sie erkundigt sich nach konkreten Agenda-Projekten in schleswig-holsteinischen Städten und Kontakten zu anderen Bundesländern.

Herr Ottens sieht eine mögliche Ursache für die Dominanz des ökologischen Elementes im Agenda-Prozeß in den Einlassungen der politischen Parteien. Zusätzliches Personal müsse nicht immer hauptamtlich, sondern könne gerade in den kleineren Gemeinden ehrenamtlich beschäftigt werden.

Herr Rohde führt aus, die Umsetzung des Agenda-Prozesses werde durch Fortbildung und Umschulung von Personal, Heranziehen der mit der Thematik schon vor der UN-Umweltkonferenz in Rio befaßten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Energiebeauftragte), durch Einbindung von ehrenamtlichem Personal, Vereinen, Verbänden u. a. vorangetrieben. In Neumünster arbeite ein Bürgerbüro an einer nachhaltigen Stadtentwicklungsmaßnahme. In Schleswig-Holstein habe ein Drittel der Städte bereits kommunale Agenden beschlossen - darunter die vier kreisfreien Städte -; bundesweit hätten 425 Städte und Gemeinden einen kommunalen Beschluß zur lokalen Agenda gefaßt.

Herr Ottens nimmt eine Frage von Abg. Dr. Happach-Kasan zum Personalbestand noch einmal zum Anlaß, darauf hinzuweisen, daß die Umsetzung der umfassenden Agenda eine Generationenaufgabe sei und nicht zu übertriebenem Aktionismus führen sollte.

Die Vorsitzende äußert, viele Forderungen der Agenda würden in den Kommunen umgesetzt und liefen jetzt nur unter dem neuen Titel „Agenda“, vieles werde seit Rio allerdings ins Bewußtsein gerückt.

Auf eine Frage von Abg. Sabine Schröder problematisiert Herr Ottens die Bezeichnung „Agenda 21“, worunter sich die Bürgerinnen und Bürger nur schwer etwas vorstellen könnten. Den Agenda-Prozeß transparenter zu machen und den Gemeinden konkrete Beispiele vorzustellen, sei der Sinn der gemeinsamen Veranstaltung mit der Umweltakademie am 1. Oktober 1998 gewesen. Jede Gemeinde müsse selbst entscheiden, welche Agenda-Maßnahmen unter den kommunalörtlichen Prioritäten beeinflußbar seien und für die Gemeinde etwas brächten.

## **Römisch-katholische Kirche**

Umdruck 14/2756

Herr Doppke schickt voraus, daß die Bilanz der Nord-Süd-Politik bedauerlicherweise äußerst ernüchternd ausfalle und die Ökologie - wenn überhaupt - meist nur in Verbindung mit technischen Innovationen und zukunftssträchtigen Märkten ins Feld geführt werde. Die katholische Kirche habe sich seit Jahrzehnten global, regional und lokal ökologisch, ökonomisch und insbesondere sozial engagiert. Er erinnert an dieser Stelle an das Gemeinsame Wort der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland und verweist auf eine von Bund und Misereor in Auftrag gegebene Studie zum Thema Agenda 21 in globaler Sicht. Die katholische Kirche unterstütze grundsätzlich den Antrag der Koalitionsfraktionen sowie alle Maßnahmen zur Umsetzung der Agenda, die nur erfolgversprechend seien, wenn sie als förderungswürdig auch in den Köpfen der Menschen verankert und gleichzeitig die zwangsläufig damit verbundenen finanziellen Voraussetzungen gegeben seien, also die geistige und materielle Grundlage dafür ein Wertebewußtsein schaffe, daß die Inhalte der Agenda in den persönlichen Wertekatalog aufgenommen würden. Daher sei das kürzlich erschienene Memorandum der Kommission VI für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz mit dem Titel „Mehr Beteiligungsgerechtigkeit“ hilfreich (Umdruck 14/2756). Die Kommission beschäftige sich intensiv mit dem Thema „Handeln für die Zukunft der Schöpfung“.

Auf eine Frage von Abg. Todsens-Reese hinsichtlich der Verzahnung von Ökologie, Ökonomie und Sozialem erwidert Herr Doppke, der Schwerpunkt der Arbeit der Kirchen liege naturgemäß im sozialen Bereich und insbesondere auch bei der Nord-Süd-Zusammenarbeit. Die von beiden großen Kirchen durch Spenden von Gemeindemitgliedern aufbrachten Mittel überstiegen den Umfang des Etats des Bundesentwicklungsministeriums.

Abg. Haller äußert an dieser Stelle sein Befremden darüber, daß der angekündigte Vertreter der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche zu der Anhörung nicht erschienen ist.

### **Landesfrauenrat Schleswig-Holstein e. V.**

Frau Mesletzky begrüßt im Namen des Landesfrauenrates die Agenda 21, insbesondere Kapitel 24 - Globaler Aktionsplan für Frauen zur Erzielung einer nachhaltigen und gerechten Entwicklung - sowie den Antrag der Koalitionsfraktionen, in den allerdings auch der Blick auf die Beteiligung von Frauen und das gender-audit aufgenommen werden müßten, weil sich die Lebenslage von Frauen und Männern voneinander unterscheidet. Um die tatsächliche Gleichberechtigung der Geschlechter in allen gesellschaftlichen Bereichen voranzutreiben, sollten alle mit der Umsetzung der Agenda befaßten Gremien grundsätzlich geschlechterparitätisch besetzt sein, die Gespräche angemessen moderiert und die Themen in geschlechtervergleichender und geschlechterbezogener Perspektive von Experten analysiert werden. Der Landesfrauenrat werde zusammen mit der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Kiel im Januar eine Veranstaltung zum gender-audit durchführen, um die Auswirkungen der einzelnen Maßnahmen auf Frauen und Männer zu untersuchen. Außerdem sei ein Bildungsprojekt für Frauen geplant, um in den Kommunen mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen.

Abg. Strauß erkundigt sich nach Aktivitäten des Landesfrauenrates in bezug auf die Situation von in Deutschland lebenden ausländischen Frauen.

Nach Mitteilung von Frau Mesletzky hat der LFR aufgrund begrenzter Ressourcen dazu bislang keine Aktivitäten entwickelt. Auf Fragen von Abg. Dr. Happach-Kasan und Abg. Strauß erwidert sie, selbstverständlich gehe es darum, konkrete Projekte und praktische Probleme anzupacken; dabei dürfe aber der geschlechtervergleichende Blick nicht aus den Augen verloren werden. Ein Haupthindernis für mehr Beteiligung von Frauen seien Zeitstrukturen, die häufig mit familiären Aufgaben, zum Beispiel Kinderbetreuung, kollidierten. Eine Frage von Abg. Gröpel beantwortet sie dahin, mit dem Agenda-Büro laufe ein Informationsaustausch.

Frau Hake teilt mit, die Landesarbeitsgemeinschaft der hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten werde sich 1999 hauptsächlich mit dem Thema Agenda 21 befassen; in einer Reihe von Kommunen seien die Gleichstellungsbeauftragten aktiv an dem Thema beteiligt.



### **Landesjugendring Schleswig-Holstein e. V.**

Herr Jensen führt aus, Ökologie und Eine-Welt-Arbeit seien seit Jahren zentrale Themen der Jugend (ökologisches Lernen im Bereich der politischen Bildung, Ökocheck in Jugendherbergen, Mülltrennung, Nicaragua-Arbeit, Dritte-Welt-Läden, fairer Handel u. a.). Bedauerlicherweise komme es immer wieder zu Widersprüchen zwischen Ökologie und Jugendarbeit, so beim Projekt Zeltplatz Noer und beim Bau einer Jugendherberge in Westerland. Bei der Umsetzung der Agenda, deren Zusammenhang von Ökologie, Sozialität und Ökonomie außerordentlich wichtig sei, müßten die Jugendlichen angemessen beteiligt werden, die sich mit ihrer wertorientierten Eine-Welt-Arbeit, dem Bestreben nach Förderung der Demokratie als grundlegendes Lebensprinzip von Gesellschaft und ihrem sozialen Engagement für Kinder und Jugendliche in den Prozeß einbrächten. Wenngleich der im Antrag der Koalitionsfraktionen geforderte Bericht zu begrüßen sei, sollte die Idee einer Schleswig-Holstein-Agenda aufgegriffen werden. Die Politik im Lande sei von der umfassenden globalen Umsetzung der Agenda weit entfernt und zu sehr auf die Perspektive der Umweltpolitik ausgerichtet. Wenn Überlegungen, den Kinderbeauftragten bei der Ministerpräsidentin anzusiedeln und die Gelder des Jugendbereiches vom Jugendministerium zur Ministerpräsidentin zu verlagern, umgesetzt würden, bedeute das ein Scheitern der Jugendpolitik und sei mit der Agenda nicht zu vereinbaren.

Auf Fragen von Abg. Gröpel erwidert Herr Jensen, der Landesjugendring sei bisher nur marginal an der im wesentlichen von oben ausgehenden Umsetzung des Agenda-Prozesses in den Kommunen beteiligt; in bestimmten Bereichen allerdings, zum Beispiel über kirchliche Jugendgruppen, gebe man vor Ort starke Anstöße. Die Jugendverbände suchten selbstverständlich von sich aus die Beteiligung an lokalen Initiativen und schalteten sich in die offizielle Agenda-Politik ein. Kontakte zum Agenda-Büro habe es bisher nicht gegeben. Eine Frage von Abg. Siebke nimmt er zum Anlaß, seine Kritik zu wiederholen, daß die Agenda-Politik eine Politik von oben und an der Basis nicht verankert sei.

Abg. Baasch spricht sich dafür aus, die Beschäftigung mit der Agenda für Jugendliche attraktiver zu machen, um die Akzeptanz für das Thema zu erhöhen und sich vor Ort zu engagieren. Er erkundigt sich nach Möglichkeiten, den Agenda-Prozeß im Wege der Ostseezusammenarbeit zu verstetigen und zu verstärken.

Herr Jensen macht auf das Engagement des Landesjugendrings beim Aufbau der Strukturen der Jugendarbeit in den Ostseeanrainerstaaten aufmerksam und erinnert an zwei Ostseejugendkonferenzen zum Thema Umwelt. Mit dieser Arbeit, die auch darauf abziele, die berufliche

Qualifikation in diesen Ländern zu verbessern, leiste der Landesjugendring ein Stück europäischer Integration im Jugendbereich.

Fragen der Abg. Todsens-Reese und Abg. Gröpel beantwortet Herr Jensen dahin, wünschenswert wäre eine Systematisierung beziehungsweise Zusammenstellung von Arbeitshilfen für die einzelnen Mitgliedsverbände, um sich mit dem Thema Agenda 21 intensiv auseinanderzusetzen. Mit dem Agenda-Büro müsse man zunächst einmal in einen Diskussionsprozeß kommen; zu gegebener Zeit könnte man über eine spezielle Informationsveranstaltung zum Thema Beteiligung von Jugendlichen am Agenda-Prozeß nachdenken.

### **Fahrgastverband Pro Bahn**

Herr Sievert macht sich für die flächendeckende Einführung eines Integralen Taktfahrplanes stark, mit dem die Abfahrtszeiten der öffentlichen Verkehrsmittel Bus und Bahn so aufeinander abgestimmt seien, daß die Fahrgäste in jedem Falle maximal 10 bis 15 Minuten warten müßten. Nur durch eine optimale Fahrplangestaltung könnten Verkehre vom motorisierten Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr verlagert werden. In diesem Sinne sollte der zu begrüßende Landesweite Nahverkehrsplan um Rahmenvorgaben für Fahr- beziehungsweise Wartezeiten ergänzt werden.

Herr Busche stellt das Modell der Elektrifizierung von Eisenbahnzügen als Alternative zur herkömmlichen, relativ teuren Elektrifizierung der Strecken (Oberleitungen) vor: Energie, in Schleswig-Holstein vorzugsweise Windenergie, werde in Wasserstoff gespeichert, an Bord der Züge genommen und dort mittels Brennstoffzellen in elektrischen Strom umgewandelt. Entsprechende Erfahrungen mit der Wasserstofftechnik gebe es im U-Boot- und KFZ-Bereich. Die Umstellung auf Wasserstoffelektrobasis biete sich an, weil der Fahrzeugpark der Bahn ohnehin erneuert werden müsse.

Auf Fragen der Abg. Dr. Happach-Kasan, Abg. Poppendiecker und Abg. Strauß teilt er weiter mit, hinsichtlich der Energie- und Investitionskosten sei der moderne Dieselbetrieb - bei dem derzeitigen Preisniveau für Dieselmotoren - mit 204 Millionen DM gegenüber dem Wasserstoffbetrieb mit 263 Millionen DM und der Elektrifizierung mit Fahrdrabt mit 317 Millionen DM am günstigsten. Wasserstoffelektrische Lokomotiven könnten auch Güterzüge ziehen; im übrigen könnten Lokomotiven entwickelt werden, die sowohl mit wasserstoffelektrisch erzeugtem Strom fahren als auch Strom aus dem Draht entnehmen könnten. Züge verschiedener Betriebsarten könnten ohne weiteres kombiniert werden; wasserstoffelektrische Züge seien mit dem bisherigen System voll kompatibel. Es sei kein prinzipielles Problem, die in Bussen bereits angewandte Technik auf Züge zu übertragen, zumal sich der Trend zu Triebwagen, deren Leistungsvermögen sich von Bussen nicht wesentlich unterscheide, verstärke. Neben Wasserstoffbussen existiere bereits der Prototyp einer Stadtbahn.

### **Landesjagdverband Schleswig-Holstein e. V.**

Herr Gröning führt aus, die Jagd lebe die Agenda 21 nach dem Leitbild der naturverträglichen Nutzung seit jeher vor. Der Begriff der Nachhaltigkeit müsse konkret definiert werden. Die Jagd nehme Nutz-, Schutzerhaltungs- und Regulationsfunktionen im Kontext wahr und fülle die drei Säulen der Agenda aus. Der Selbstversorgungsgrad mit Wildbret, das im übrigen zu 70 % bis 80 % örtlich vermarktet werde, liege in der Bundesrepublik bei ungefähr 50 %. Die ökologischen Leistungen der Jägerschaft könnten dem Jagdbericht entnommen werden: Projekt „Pro Natur“, Flächenschutz- und Renaturierungsmaßnahmen, Betreuung von 21 Naturschutzgebieten, flächenhaftes Naturschutzverfahren (zum Beispiel Malenter Au), Artenschutzprojekte (Seeadler) u. a. Angesichts der weiteren Entfremdung des urbanen Bereichs von der Natur gewinne die soziale Komponente der Jagd zunehmende Bedeutung, vor allem die Umweltbildung, bei der der Landesjagdverband folgende Aktivitäten entwickelt habe: Ausstellung „Unser Wild, unsere Jagd“ im Tierpark Neumünster, Seehundprojekt und Umweltarbeit an der Westküste in Zusammenarbeit mit der Friedrichskooger Seehundaufzuchtstation, landesweite Aktion „Wildverkehrsunfälle“ (allein im Schalenwildbereich seien 16.000 Verkehrsunfälle zu beklagen).

Herr Gröning vermißt ein klares Bekenntnis der Politik zu den Leistungen der Jäger und beklagt die demotivierenden Auswirkungen einer restriktiven Umweltgesetzgebung. Weitere Nutzungseinschränkungen befürchteten die Jäger von der Ausweisung von Vogelschutzgebieten, dem Landschaftsprogramm, dessen Behauptung, die Jagd habe keinen ausschlaggebenden Einfluß mehr auf die Ernährung der Bevölkerung, nicht Agenda-gemäß sei und für den ländlichen Raum nicht gerade einen Motivationsschub auslöse, und insbesondere dem Landesjagdgesetz. Auch die Rabenvögelproblematik bleibe ungelöst.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 13:05 Uhr.

gez. Tengler  
Vorsitzende

gez. Schmidt  
Protokollführer